

Werbung

SEIFFEN.COM
by Nestler



Kreative Geschenkideen aus Holz

Perfekt für Wichteln, Nikolaus & den Adventskalender

10% RABATTCODE
APOLLO-10-25



JETZT ANSEHEN

11.12.2025 • 23

Analyse

Nach dem Streit ist vor dem Streit: Koalitionsausschuss und der Ärger um das Bürgergeld

Eigentlich wollte die Koalition sich längst beim Bürgergeld geeinigt haben: Doch davon ist wenig zu erkennen. Während Merz versichert, dass die Reform bald komme und es gar keinen Streit gäbe, sieht es eher nach dem Gegenteil aus.

Max Roland

X @maxroland20

Die Koalition versichert, die Reform schnell umzusetzen: Zweifel daran sind berechtigt. (IMAGO/Andreas Gora)

Die Koalition wollte es sich einfach machen im vorletzten, vorweihnachtlichen

Koalitionsausschuss: einfach gar nichts beschließen. Entscheidungen waren nicht geplant, hatte Bundeskanzler Friedrich Merz schon vor Beginn der Tagung der Spitzen von Union und SPD angekündigt.

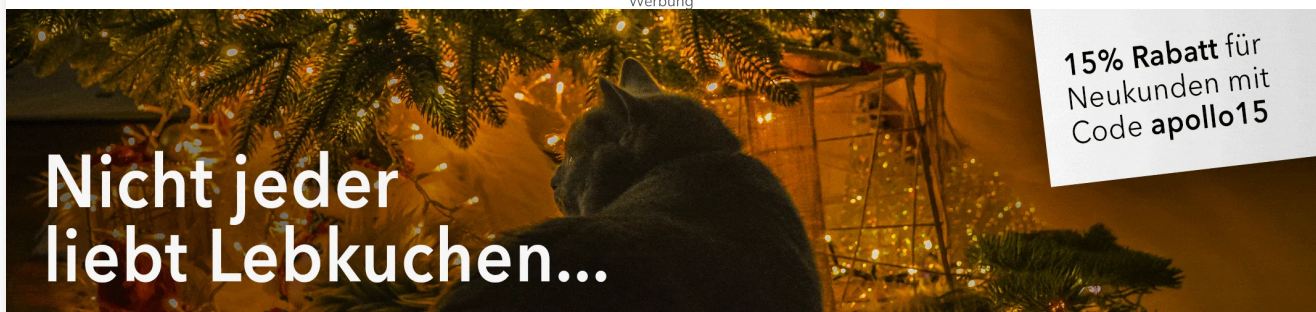
Keine Entscheidungen – und trotzdem Streit. Es geht um das Bürgergeld. Hier hatte die Union der SPD eine Reform abgerungen. Eigentlich zumindest. Das Bürgergeld sollte vor allem umbenannt werden und der Fokus sollte wieder auf Vermittlung in Arbeit gelegt werden – auch mit Sanktionen. Doch die SPD, allen voran Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas, blockierte dann doch.

Werbung

Alexander Dobrindt und Katherina Reiche brachten gegen den Entwurf von SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas Vorbehalte an. Es geht um Details bei den Kürzungen für Leistungsbezieher, die Termine im Jobcenter nicht wahrnehmen. Konkret: Die Koalition hatte eigentlich vereinbart, dass Leistungsempfänger, die Termine beim Jobcenter konsequent verweigern, nach dem dritten Versäumnis mit der vollständigen Streichung der Leistungen bestraft werden können.

Bärbel Bas hat aber andere Pläne: Der entsprechende Entwurf aus dem Arbeitsministerium sieht nur dann einen kompletten Leistungsentzug vor, wenn vorher eine persönliche Anhörung stattgefunden hat, berichtet das *Handelsblatt*. Sorge bei der Union: Durch das Verschleppen einer solchen persönlichen Anhörung könnten Arbeits- und Terminverweigerer die Streichung von Leistungen massiv hinauszögern und über lange Zeit verhindern.

Werbung

An advertisement featuring a black cat sitting in front of a Christmas tree with warm white lights. The text 'Nicht jeder liebt Lebkuchen...' is overlaid on the left. On the right, a white banner contains the text '15% Rabatt für Neukunden mit Code apollo15'.

Nicht jeder liebt Lebkuchen...

15% Rabatt für Neukunden mit Code apollo15

Am Dienstag hatte Bas zu einem Gespräch geladen, um das Thema zu klären, berichtet *ThePioneer* – doch vonseiten des Wirtschaftsministeriums gab es eine Absage. Termingründe, wie es heißt. Aber das Vertrauen in die Sozialministerin tendiert in der Union zunehmend gegen null. Bärbel Bas, könnte man meinen, zickte zurück. In der Pressekonferenz am Morgen nach dem Koalitionsausschuss hieß es von ihr an die Adresse von Katherina Reiche gerichtet: Es sei jetzt „sehr wichtig, dass wir beim Industriestrompreis vorankommen und natürlich auch bei der

Kraftwerksstrategie (...) wir unterstützen die Wirtschaftsministerin sehr, dass sie hier auch Druck in Richtung EU-Kommission macht“. Liest sich wie: Sei ruhig und mach erst mal deine Arbeit.

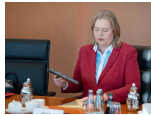
LESEN SIE AUCH:



Versicherungsbeiträge

Klagewelle der Krankenkassen: Bund soll kostendeckende Beiträge für Bürgergeldempfänger leisten

Thomas Kolbe • 77



Bärbel Bas

Reform des Bürgergelds könnte deutlich höhere Einsparungen als erwartet bringen

Redaktion • 53

Bärbel Bas dürfte über das Bürgergeld-Veto von ihren Kabinettskollegen gar nicht erfreut sein. Sie selbst hatte vor rund zwei Wochen bei ihrem viel kritisierten Auftritt auf dem Juso-Bundeskongress angekündigt, beim Bürgergeld noch nachverhandeln zu wollen. Dass jetzt plötzlich die Union an ihrem Gesetzesentwurf noch mal neu herangehen will – so hatte Bas sich das aber wahrscheinlich nicht vorgestellt.

Regierungssprecher Steffen Meyer hatte am Mittwoch erklärt, das Thema werde gar nicht groß im Koalitionsausschuss behandelt werden. Und auch Bundeskanzler Merz versuchte vor der Sitzung, das Thema abzubügeln: Berichten über den Ministervorbehalt entgegnete er am Mittwoch mit dem Hinweis, es gebe lediglich „noch eine Reihe von offenen Fragen, die geklärt werden müssen zwischen den beteiligten Ressorts“ – „da gibt es auch keinen Streit, sondern da gibt es Formulierungsvorschläge, die noch nicht vereinbart sind.“

Werbung

Diese Beschwichtigungs-Platte hat aber einen Sprung: Schon im Oktober hatte Merz erklärt, man wolle beim Bürgergeld noch einmal über „zwei, drei Punkte“ sprechen, die offen seien. Offenbar besteht noch relevanter Diskussionsbedarf, obwohl seit Monaten auf Spitzenebene in Parteien und Fraktionen über das Thema verhandelt wird.

Bei der Union könnte neben der konkreten Sachfrage auch Frust über die Rente eine Rolle spielen: Insbesondere Wirtschaftsministerin Katherina Reiche gilt, obwohl sie dem Entwurf im Kabinett zugestimmt hatte, als Gegnerin des Rentenpakets, das Merz zusammen mit der SPD jüngst gegen starken Widerstand in der eigenen Partei und

Fraktion durchgedrückt hatte. In der Koalition sind beide Partner grundsätzlich der Meinung, ständig den Kürzeren zu ziehen – hier aber ist diese Meinung für die Union nicht unbegründet.

Ein Veto also als Rache an der SPD? Unabhängig davon steht eher die Sachfrage im Vordergrund. Und die Union hat dort alle Argumente auf ihrer Seite – immerhin war die Möglichkeit des Leistungsentzugs vereinbart, und das eigentlich ohne Verzögerungsmöglichkeiten, wie sie Bas' Gesetzesentwurf vorsieht. Das Veto von Dobrindt und Reiche soll wohl auch ein Zeichen sein, dass die Union sich nicht immer wieder am Nasenring durch die Manege ziehen lässt. Dieser Eindruck hatte sich angesichts der Regierungs-Performance ja durchaus verfestigt.

Werbung

Es geht also um eine neue Sachfrage, die Dynamik des Streits aber bleibt die gleiche. Im Grunde sind es neue Fronten im gleichen Krieg – dem Krieg von zwei Koalitionspartnern gegeneinander, die außer der Macht nichts mehr zusammenhält.

Teilen:   

Zu den Kommentaren (23) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € **15 €** **25 €** **50 €** **100 €** Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.